

86. Jahrgang.

werden Verstärkungen herangezogen, so daß in Kürze die militärische Macht Englands in Palästina etwa dreimal so stark sein wird wie in normalen Zeiten. Der Oberkommissar, der morgen von London nach Palästina zurückfährt, soll nebstgehende Vollmachten mitnehmen, um die arabischen Revolanten, denen von einer solchen Macht man heute schon etwas niederzulegen. Es fragt sich nur, ob die militärischen Maßnahmen zum Heile führen, da die Hauptziele der arabischen Widerstandes wohl gar nicht in Palästina selbst zu suchen sind dürfte. So wird auch berichtet, daß der aus Palästina verbannte Großmufti von Jerusalem, der sich jetzt in dem unter französischer Oberhoheit stehenden Libanongebiet aufhält, nach wie vor in dem Kampfe gegen die englische Mandatsmacht eine große Rolle spielt. Aber selbst wenn es gelingen sollte, die Unruhen einzubändigen, so muß man doch nach einer Lösung suchen, die eine Wiederholung des jetzigen Chaos unmöglich macht und dem schwer geprüften Land Ruhe verschafft. Doch diese Lösung in der ursprünglichen Dreiteilungsplan gesucht werden wird, ist wohl sicher. Ob aber der vom Außenminister des Irak stammende Vermittlungsvorschlag eines national-arabischen Staates, in dem die jüdischen Gemeinden Selbstverwaltung erhalten sollen, Aussicht auf Erfolg hat, läßt sich noch nicht sagen. Es wäre übrigens auch nicht verwunderlich, daß die Palästina-Frage sich auf die gesamtpolitische Situation auswirkt, da die jüdisch-englische Regierung kaum so leicht zu Gunsten des Araber in den Vordergrunde getreten war, für London dadurch zum mindesten vorübergehend wieder etwas an Interesse verlorien dürfte.

Die große Nervenprobe.

Dr. Goebbels vor der Belegschaft der Stadt-Werke in Berlin.

Das deutsche Volk hat sie bestanden.

Berlin, 11. Okt. Reichsminister Dr. Goebbels hielt in der Festhalle der R. Stadt und Co. A.G. am 11. Oktober 1933 folgende Rede:

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Das deutsche Volk und das Deutsche Reich haben schwere Wochen hinter sich. Es wird vielen im Volk nicht immer ganz klar geworden sein, welche Härte an Sorge und Verantwortung der Führer in den vergangenen Monaten getragen hat. Wenn ich manchmal Gemütskrämpfe am Horizont spüre, und ich die wunderbare Haltung des deutschen Volkes dieser so außerordentlichen Lage gegenüber in Betracht ziehe, dann nehme ich mir immer Zeit: Sind wir durch diese Wochen hindurch, dann werde ich jede Gelegenheit benützen, um dem Volk für seine in dieser Spannungszeit bewiesene Haltung, den Dank des Führers zum Ausdruck zu bringen.

Sie wissen, daß wir Nationalsozialisten sehr wohl mit dem Wort umzugehen verstehen, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen ist. Aber auf der anderen Seite gibt es auch gewisse Entschuldigungen, die denen es besser ist zu schweigen, als zu reden. In den letzten Wochen wurde allmählich dem Volk klar, daß es etwas vorbereitete. Was, das wußte man noch nicht, darüber war man sich noch nicht immer im Reinen. Doch aber im Laufe der nächsten Zeit etwas geahnt wurde, und geahnt mußte, das fühlte allmählich jedermann.

Es wäre nun allzu natürlich gewesen, wenn sich das deutsche Volk darüber eine gewisse Unruhe bemächtigt hätte, denn die Entschuldigungen, die der Führer treffen mußte, griffen auf das tiefste in das persönliche und in das Familienleben des einzelnen ein. Es wäre auch nicht einmal sehr verwunderlich gewesen, wenn hier und da geklagt worden wäre, das Volk sei nicht genügend orientiert, obwohl es um seine Zukunft gehe. Das Volk tat das nicht. Es stand in einer Ruhe und festen Vertrauen aus in den kritischen Wochen hinter dem Führer.

Wenn wir es in dieser gespannten Lage mit dem Volk von 1918, 1919 oder 1920, oder mit dem deutschen Volk von 1925, oder auch noch mit dem von 1930 zu tun gehabt hätten, dann wäre die Politik des Führers überhaupt nicht möglich gewesen. Der Führer konnte keine großen Entscheidungen nur im Vertrauen auf die Zukunft und die Disziplin des deutschen Volkes treffen.

Und das, meine deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, ist das Ausmaß der Dinge: Wenn eine Staats- und Volksherrschaft einmal einen Entschluß gefaßt hat, dann genügt nicht die Überzeugung, daß sie selbst in der entscheidenden Stunde die Herren behalten werde, dann muß sie auch wissen, daß das Volk hinter ihr steht. Die deutsche Volk bei allen Nerven bleibt. Die Haltung des Volkes und die ganze Einstellung der Nation zu den großen nationalen Schicksalsproblemen muß so sein, daß niemals, wenn es nun hart an der Zeit geht, das Ausmaß der Möglichkeit besteht, sie in der entscheidenden Stunde auf irgendeinen oppositionellen Zell dieses Volkes zu beziehen und ihn gegen die eigene Regierung auszuspielen.

Unter dem kühnsten Jubel der Arbeiterchaft stellte Dr. Goebbels dann fest:

Wir konnten uns bei allen Entscheidungen darauf verlassen, daß das deutsche Volk seinen Führer in schweren Stunden niemals im Stich lassen würde.

Es hat früher in Deutschland in der Arbeiterchaft die Angst gegeben: Ich habe meine Arbeit, bekomme meinen Lohn, alles andere geht mich nichts an. Das deutsche Volk von heute weiß, ein wie schwerer und verhängnisvoller Rückschlag das ist und wie teuer mir diese Einstellung bezahlt haben. Er weiß auch, daß der Führer und seine Mitarbeiter, wenn sie einmal eine solche Aufgabe vollstreckt, das nicht als Spießruten tun, die in der Politik eine vornehme Position sehen, sondern es tun um Wohl und für die Zukunft der deutschen Nation. Wir alle kommen ja mitten aus dem Volk, kennen seine Wünsche und seine Sorgen und haben bei jeder Handlung nur ein Ziel im Auge.

Heute gibt es nur noch ganz wenige Exemplare von Menschen, die es niemals verstehen können, daß wir in den letzten fünf Jahren so große Erfolge errungen haben, weil diese Erfolge ihnen vielfach die Ruhe und Bequemlichkeit nahmen. (Stürmische Beifälle.) Wenn es nach ihnen gegangen wäre, dann gäbe es noch heute das Deutschland von 1932, das Deutschland der Armut und des Absterbens, der Heillosigkeit und der Hofflosigkeit.

Wenn wirklich in diesen Wochen jemand schlaue Köpfe gehabt haben sollte, dann sind das gewisse Intellektuelle gewesen, die zu viel zu wissen glaubten und diesem Wissen nicht gewachsen waren. Aber das Volk stand hinter dem Führer in einer Geschlossenheit bereit, sich mit Risiken und Schäden zu vergleichen, wenn jemand in der

Welt uns angriffen sollte. Wenn es sich um die Ehre und um den Bestand unserer Nation handelte, dann ist das Volk da, wenn es dazu aufgerufen wird! (Starker Beifall.)

Wir kennen das Volk und wissen, daß es viel tapferer und männlicher denkt als eine gewisse intellektuelle Schicht, die von ihrer eigenen Entschlossenheit auf das ganze Volk schließt.

Deute allerdings, wo der Erfolg da ist, da erklären diese Beherrschter wie so oft: Wir haben es ja immer gesagt!

Und wenn ich irgendwo in gewissen Kreisen Stimmen erhebe, die erklären, wir gingen zu früh und zu aggressiv vor, so ist ihnen gewohnt: Wenn man einmal nachgegeben hat, dann merkt man erst, wie viel leichter, aber auch gefährlicher es ist, seine zu sein und wie viel schwerer, aber auch erfolgreicher, tapfer zu bleiben. Es ist allzu natürlich, daß jedes Wesen, bevor man es wascht, härter aussieht, als wenn man das Wasser schon gewaschen hat. Die großen Wagnisse der letzten fünf Jahre beispielsweise erscheinen heute als nützliche Kleinigkeiten. Schließlich kann niemand in der Zukunft gewinnen, wenn er nicht ein Los sucht. Mehr Sorgen und Schicksale hat in der letzten Zeit niemand im Volk gehabt als unsere Führung. Es war eine Nervenprobe für das deutsche Volk und seine Führung. Beide haben sie bestanden. Und weil beide sie bestanden, blieb in diesem Kampf um die Zukunft der Substanten das Recht heftig.

Jeder Satz des Reichsministers Goebbels wurde von den Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen mit einem Be-

fall quittiert, der der schärfste Beweis für die Glaubwürdigkeit ist, mit der besonders die deutsche Arbeiterchaft in unerschütterlicher Geschlossenheit hinter dem Führer und seiner Politik steht.

Ich weiß nicht, vor welche Aufgaben uns die nächsten Monate oder Jahre stellen werden. Das kann niemand voraussagen. Eins aber weiß ich, daß das aus dieser Spannung heraus und geschult hervorgegangene Volk in jeder Situation mit demselben blinden Vertrauen hinter dem Führer stehen wird, wie in diesen Wochen. (Stärkender Beifall.)

In der Fortkrisis stand die Führung dem Volk fern. In der Nachkriegszeit verlor die Führung sich dem Volk aus den Augen. In unserer Zeit aber sind Führung und Volk eins geworden. (Stärkender Beifall.) Die Runden der Begeisterung und der Zustimmung. Das ist für alle Zukunft so bleibt, ist nun eure und unsere Aufgabe. Ich bin überzeugt, daß das deutsche Volk heute jeder Charakterprobe standhalten wird. Es steht jetzt tapfer, fest und hart da. Daran arbeiten Sie mit, jeder an seinem Platz, ob er nun Spätkorn dreht, Pläne zeichnet, Projekte entwirft oder im Dienste der Staatsführung steht. Dann braucht uns allen um die Zukunft unseres Volkes von 80 Millionen nie mehr bangen zu sein.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit einer tiefen Verbeugung der Achtung vor dem deutschen Volk, das sich in diesen vergangenen Wochen und Monaten so tapfer und männlich benommen hat. Aber, der unser Volk in den kritischen Stunden beobachtet, kann nur sagen: Wir sind wieder eine anständige Nation geworden! Gut ab vor diesem deutschen Volk!

Die letzten Worte des Ministers gehen in einem unvorstellbaren Jubel zum unter.



Reichsminister Dr. Goebbels besucht nationalsozialistischen Musterbetrieb.

Der Minister während seiner Besichtigung in der Spiralkörper- und Maschinenfabrik Stadt u. Co. in Marienfelde, dem ersten Berliner Musterbetrieb. Dr. Goebbels sprach anschließend in der Festhalle zu den Arbeitern und Angestellten des Betriebes.

Frontkämpfer fordern Kurswechsel.

Vichy verlangt im Namen von sechs Millionen eine „Regierung des öffentlichen Wohles“. — Wirtschaftliche, finanzielle und diplomatische Vollmachten auf ein Jahr. — „Das Parlament kann die Lage nicht mehr meistern.“

Wahrung an Saladier.

Paris, 11. Okt. Henri Vichy, der Präsident der Union Fédérale, des größten französischen Vorkriegsverbandes, gab am Dienstag vor Pressevertretern bedeutsame Erklärungen ab, die in der Forderung nach einer „Regierung des öffentlichen Wohles“ gipelten. Frankreich, so erklärte Vichy, befindet sich in einer äußerst schwierigen Lage, die, wenn sie auch nur noch einige Zeit anhalte, das Land an den Rand des Absturzes bringen könne. Die Front-

kämpfer, ohne die es heute kein Frankreich mehr geben würde, seien der Ansicht, das ihr Opfer ihnen jetzt das Recht gebe, ihre Meinung laut und frei zu äußern.

Die sechs Millionen Frontkämpfer der Union Fédérale hätten seit Kriegsende Abscheu und schärfste Verachtung angesichts der Enttäuschungen empfunden, die dem französischen Volk immer wieder ausgeteilt worden seien. Die französische Republik, so wie sie sich heute darstelle, ließe sich nicht mehr durch eine Verfassung von 1875 stützen, und nicht mehr die des großen Krieges. Der Reichstag verhalte sich mehr und mehr, während die anderen Länder sich konsolidierten, wie Frankreich sich auf. Immer deutlicher erweile sich die Unfähigkeit des Parlamentes, die Lage zu meistern.

Vichy machte dann bemerkenswerte Feststellungen. Der Staatshaushalt werde ständig einen Geldbetrag auf. Die Währung steige weiter ab, und zwar härter, als es im Kurs des Francs zum Ausdruck komme. Die Verlaufszeit ließe sich verlängern, daß die Hälfte des Staatshaushalts für die Renten der alten Soldaten ausbezahlt werden müsse. Die Produktion liege heute unter der des Jahres 1913, und die Wirtschaft werde zerlittet. Seit zehn Jahren verfallene die Lage, trotz aller Steuererhöhungen und Notverordnungen. Die Regierung da über habe bereits im April dieses Jahres Sonderverordnungen erlassen. Jetzt — sechs Monate später — verlange sie um zweiten Male Ausnahmemaßnahmen. Das heiße also, daß die ersten Vollmachten keinen Erfolg gehabt hätten. Wie sollten nun aber in 45 Tagen die zweiten Vollmachten Erfolg haben? Vichy zweifelte daran, daß irgend eine Regierung in nur 45 Tagen beratungsmäßige Probleme zu lösen imstande sei. Der Geldbetrag werde nicht gedeckt, die Währung nicht gestützt werden, die Verschwendung werde weitergehen.

Die Frontkämpfer seien mit dieser Lage nicht einverstanden. Sie wollten jetzt ihre Meinung äußern als einfache Bürger und als Männer, die im Falle eines neuen Krieges wiederum die Uniform anziehen würden.

Vichy kündigte eine große Protagandawelle im ganzen Lande an. Man sei sich in Frankreich über die Macht der Frontkämpferbewegung noch nicht genügend klar. Die Union Fédérale habe ihren Plan, die Vichy-Regierung zu stürzen, aufgegeben. Die Frontkämpfer seien, die außerhalb und über den Parteien stünden, die auch der der Nationalverband der ehemaligen Frontkämpfer (UNF) und der anderen großen Frontkämpferverbände. Sechs Millionen Männer hätten sich bereits zum Vichy geschlagen. In großen Zügen gefolgt haben der Plan folgender: Frankreich müsse eine Regierung des öffentlichen Wohles haben, möge man sich auch als „nationale Regierung“ bezeichnen, das sei gleichgültig. Sie müsse von charakteristischen Männern gebildet werden, die außerhalb der Parteien und Bündnisse stünden und überaus hohe Kompetenz hätten. Die Regierung werde die notwendigen Mittel erhalten, um arbeiten zu können, mindestens aber ein Jahr, d. h. also bis zu den nächsten Wahlen. Die Regierung werde wirtschaftliche, finanzielle und diplomatische Vollmachten erhalten. Wenn das Parlament diesen Vorschlag ablehne, so sei seine Auflösung notwendig. Die Frontkämpfer würden sich dann in den Kampf führen und

Regierung Strong schafft Arbeitsformationen für Erwerbslose

wt. Die Regierung des General Strong steht ihre Hauptaufgabe in der wirtschaftlichen Erneuerung des Landes. Alle Bestrebungen, so heißt es in einer amtlichen Mitteilung, seien vorerst darauf gerichtet, die Verhältnisse der Arbeitslosen zu verbessern und den Kapitalismus zu regeln. Die definitive Festlegung der Grenzen sei die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Erneuerung. Inzwischen werden die Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und dem Finanzminister des englischen Kabinetts Sir Frederick Leith-Ross, wobei es um die Gewährung einer englischen Anleihe geht, fortgesetzt.

Sie haben genug von Kommunisten, Emigranten und Juden.

as. In der Tschechoslowakei macht sich, wie aus verschiedenen Kreisen herübergeht, auch den Emigranten aus Deutschland gegenüber ein Stimmungsumschwung bemerkbar. Man verachtet sich wohl nicht den Erkenntnis, daß es dumme war, ihren Einkünften das Ohr zu leihen und man verkennt auch nicht, daß diese Kreise jeder Annäherung an Deutschland, die von verschiedenen tschechischen Blättern gefordert wird, im Wege stehen. So ist man in Prag jetzt geneigt, diese Emigranten abzuschieben. Darüber ist Moskau sehr erfreut und heißt sich nun, diese Emigranten in die Sowjetunion zu ziehen, von wo sie dann allerdings nach Kolonien weitertransportiert werden sollen. Jedenfalls hat nach Warschauer Meldungen die sogenannte Rote Hilfe im vollen Einvernehmen mit der Komintern-Regierung ihre Vertreter in der Tschechoslowakei angewiesen, den deutschen Emigranten die Ausreise nach der Sowjetunion zu erleichtern. Die sowjetischen Konsulate und die Sowjetgesellschaften in Prag haben ebenfalls Weisung erhalten, den politisch zuverlässigen deutschen Emigranten für die Reise nach der Sowjetunion Sowjetpässe auszugeben. Als erste Gruppe sind bereits 15 frühere deutsche Marxisten nach der Sowjetunion abgereist.

Ein Prager Blatt richtet an den zur Zeit in der tschechischen Hauptstadt befindlichen Londoner Ober-

bürgermeister, der mit der „Flüchtlingsfürsorge“ betraut ist, die Bitte, für den Abtransport der Marxisten und Juden aus den jüdischen Gebieten zu sorgen. Das sei die moralische Pflicht Englands und Frankreichs. Die Tschechen könnten den Zeitpunkt und die Weise in Prag herumlungern nicht lassen. Sie dürften nicht weiter den Einzelheiten das Rot wegweisen. Verweist riefen bereits die Ärzte, Rechtsanwälte und Gewerbetreibenden: „Ich habe uns vor fremden Tschechen, Sorge zu tragen, die aus den Grenzgebieten in die Heimat zurückgeführt wurden. Wir müssen aus diesem Grunde die Heimat von den Parasiten des Emigranten-tums säubern und zwar gründlich, hart und schnell.“

Die antijüdischen Kundgebungen in der Tschechoslowakei mehren sich. Am Montagabend kam es in den Straßen des Prager Stadtteils Weinberg zu einer großen jüdischen Demonstration. Die Polizei schritt gewaltlos gegen die Kundgeber ein, wobei mehrere Personen durch Schüsse verletzt wurden. Besonders merkwürdig ist die Tatsache, daß seitens der Bevölkerung auch gegen kommunistische Ereignisse eine immer entschiedener und ablehnendere Haltung eingenommen wird.

Wiesbadener Nachrichten.

Bilder aus dem alten Wiesbaden.

Aus der Chronik des „Wiesbadener Tagblatts“.

Geistige Getränke alkoholfreier.

Vor 100 Jahren

wurde auf eine ganze Reihe von Waren städtischerseits eine sogenannte Abgabe (Verbrauchsabgabe) erhoben u. a. auch von geistigen Getränken. Darüber berichtet folgende öffentliche Bekanntmachung im „Wiesbadener Wochenblatt“ vom 6. August 1838:

„Nachdem von Herzogl. Landesregierung genehmigt worden ist, daß auch von dem Spiritus, welcher als Beimischung zu geistigen Getränken gebraucht wird, gleich dem Brandtwein die Abgabe bezahlt werden soll, so wird den hiesigen Einwohnern hiermit bekannt gemacht, daß von heute an alle Wirthe, Conditoren, Materialisten und Kaufleute, welche sich mit dem Verkauf geistiger Getränke befassen, auch dieserhalb kontrollirt werden.“

Die betreffenden Geschäftsleute haben dabei bei dem Bezug irgend einer Quantität Spiritus bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe und Confiscation, dem zeitigen Accisor Jacob Ruppert vor der Einlagerung die Anzeige zu machen.

Zugleich wird den hiesigen Einwohnern weiter hiermit bekannt gemacht, daß jeder Bezug von geistigen Getränken, er mag Rauchen haben wie er will, und ob aus dem In- oder Auslande herkommend, bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe und Confiscation, dem genannten Accisor ebenfalls vor der Einlagerung angezeigt, und von letzterem demselben die Herkunft urkundlich nachgewiesen werden muß.

Wiesbaden, den 30. Juli 1838.

Herzogl. Stadtschultheißenr.,
gez.: Lauterbach.

Mittelrheinisches Bundeschießen.

Vor 75 Jahren,

in den Tagen vom 13.-17. September 1863 hielt der Schützenbund am Mittelrhein in Wiesbaden sein erstes Bundeschießen ab. Die Bürger der Stadt sahen es als eine Ehrenpflicht an, die Schützen des Verbandes als ihre Gäste in Wiesbaden willkommen zu heißen. Der Gemeinderat hatte bereitwillig den zum Schieß- und Festplatz erforderlichen Raum „Unter den Eichen“ zur Verfügung gestellt. Dort wurden eine geräumige Festhalle, eine große Schießhalle, zwei Bierhallen, ein Komiteegebäude und ein Gabentempel errichtet. Im Jahre zuvor waren die Schützen aus ganz Deutschland in Frankfurt a. M. zusammengekommen und wenn man auch wußte, daß der Glanz dieses Festes in Wiesbaden nicht erreicht werden könne, so war doch das Komitee bemüht, alles auf beste und sorgfältigste vorzubereiten. Derselbe Geist, der uns belebt und geistigt hat auf jenem großen Feste, derselbe führt hier in unserem kleineren Kreise die Schützen eines einzelnen Stammes zusammen, so hieß es in einem Aufsatze des „Central-Comité für das Mittelrheinische Bundes-Schießen“ im „Wiesbadener Tagblatt“.

Kampf um die Pferdebahn.

Vor 50 Jahren

lobte unter der Wiesbadener Einwohnerschaft ein heftiger Meinungsstreit um die geplante Pferdebahn. In einer „Stimme aus dem Publikum“ heißt es u. a.: „Die vom „Wiesbadener Tagblatt“ gebrachte Nachricht, daß der Herr Polizei-Präsident Anstand nehme, die Genehmigung zur Anlage einer Pferdebahn in der Langgasse zu geben, weil diese Straße zu eng und deshalb eine Gefährdung des Verkehrs nicht ausgeschlossen sei, hat allgemeines Befremden erregt.“

„Schaffende sammeln — Schaffende geben.“

Dr. Vogt zur WM-Sammlung.

Reichsorganisationsleiter Dr. Vogt hat anlässlich der Sammlung für das WM am kommenden Sonntag folgenden Aufruf erlassen:

„Das Winterhilfswort ist der Ausdruck der nationalen Solidarität aller Deutschen. Während sich die internationale Solidarität, die dem Arbeiter jahrelang als die allein selig machende gepredigt wurde, als Phantom erwiesen hat und vor den harten Tatsachen der Wirklichkeit wie Dunst und Nebel zerwehte, hat sich die nationalsozialistische Solidarität des nationalsozialistischen Deutschlands in den vergangenen sechs Jahren als höchste Wirklichkeit bewährt. Die kühnsten Hoffnungen sind durch die Tat und Opferbereitschaft unseres Volkes weit übertroffen worden. In den vergangenen Wintern ist die Deutsche Arbeitsfront mit ihren Ergebnissen der Straßenkämpfe weit an der Spitze marschiert. Ich erwarte, daß auch in diesem Winter alle schaffenden Menschen, die sich zur größten Selbsthilfeorganisation aller Zeiten und aller Völker bekennen, beweisen werden, daß sie den Sinn des Nationalsozialismus erfüllt haben und ihren Eifer in der Verwirklichung der nationalsozialistischen Solidarität gegenüber den vergangenen Jahren noch verdoppeln werden.“

Heil Hitler!

gez.: Dr. Robert Vogt.

Die Pflicht zur Hilfeleistung.

Wahgebend ist das gesunde Volksempfinden.

Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not keine Hilfe leistet, obwohl er ohne erhebliche eigene Gefahr hätte helfen können, macht sich nach den früheren Vorschriften einer Übertretung schuldig, die mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bedroht war. Eine Befreiung kam aber nur dann in Frage, wenn der Betreffende von der Polizei zur Hilfeleistung erfolglos aufgefordert worden ist.

regt. Man fragt sich mit Recht, warum in Wiesbaden gefährlich sein soll, was in anderen Städten in noch viel schärferen Straßen — wir brauchen nur an Mainz zu denken — als durchaus ungefährlich bewiesen zu haben scheint. Wenn es, wie wir trotzdem immer noch glauben, zur Anlage einer Pferdebahn durch die Langgasse kommt (andernfalls würde die Errichtung der Bahnlinie überhaupt in Frage gestellt werden), so dürften sich schon Mittel und Wege finden lassen, an geeigneten Punkten entsprechende Vorkehrungen zu treffen, durch welche etwaigen Gefahren begegnet werden wird. Eine Verweigerung der Erlaubnis aus dem Grunde, weil es im Bereich der Möglichkeit liegen könnte, daß durch die Anlage einer Pferdebahn in der Langgasse ein Unfall passiert, heiße denn doch das Kind mit dem Bade ausschütten.“

In der Auffassung über die Pflichten des einzelnen gegenüber der Volksgemeinschaft hat der Nationalsozialismus grundlegenden Wandel geschaffen. Er hat den Gedanken der Treupflicht und Verbundenheit gegenüber der Volksgemeinschaft wieder in den Vordergrund gerückt. Wer heute bei Unglücksfällen oder gemeiner Not oder Gefahr nicht Hilfe leistet, obwohl dies nach gesundem Volksempfinden seine Pflicht wäre, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn er ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten zur Hilfeleistung in der Lage gewesen wäre. Dabei kommt es nicht mehr darauf an, ob er von der Polizei zur Hilfeleistung ausdrücklich aufgefordert wurde oder nicht.

Ob eine Pflicht zur Hilfeleistung vorliegt, wird in jedem einzelnen Falle gesondert zu beurteilen sein. Wahgebend ist das gesunde Volksempfinden. Es kann nicht verlangt werden, daß sich jemand selbst in Lebensgefahr begibt, um einen Mitmenschen vor dem Tode zu retten. Wegen eines durch Zeitverlust allenfalls entstehenden geschäftlichen Nachteils oder wegen einer verhältnismäßig geringen Gefahr für seine Gesundheit wird sich aber niemand mehr seiner Pflichten gegenüber dem Nächsten und der Volksgemeinschaft unbedacht entziehen können.

Die Rottbuser Straßammer hat jetzt einen Angeklagten wegen Unterlassung von Hilfeleistung bei Not zu 100 RM. Geldstrafe verurteilt. Eine ihm bekannte Bauersfrau lief Gefahr, von einem Unhold vergewaltigt zu werden. Sie bat den Angeklagten um Hilfe, dieser setzte jedoch mit dem Rad seine Fahrt zur Arbeitsstelle fort. Hilfe muß in einem solchen Falle von jedem deutschen Manne verlangt werden, so hieß es in der Urteilsbegründung.

— Die Schule hat heute früh wieder mit ihrem Unterricht begonnen. Nur kurz waren diesmal die Herbstferien. Sie bildeten aber trotzdem eine willkommene Atempause für die Arbeit der nächsten Wochen. Manche Enttäuschung, die das Herbstzeugnis brachte, kann bis Weihnachten wieder beseitigt werden. Ein besseres Zeugnis wäre das schönste Weihnachtsgeschenk für die Eltern.



Fast alle Kultur-Völker der Erde wetteifern miteinander in der Wertschätzung der Tabak-Ernten Mazedoniens. In Deutschland war es vor allem OVERSTOLZ, die hier dem Mazedonen-Tabak Anerkennung verschafft hat. Wenn sich nun heute immer mehr Raucher gerade dieser Zigarette zuwenden, so liegt es nicht zuletzt daran, dass ihre Mischungsgrundlage nach wie vor aus echt mazedonischen Bergtabaken besteht.

12

OVERSTOLZ

50 Pfennig

*

Echt mazedonisch



Datum	11. Oktober 1938	12. Okt.
Orisanz	7 Uhr	12 Uhr
auf 0° und Normaldruck . . .	751.8	753.3
Lufttemperatur (Gallus)	9.4	14.3
Relative Feuchtigkeit (Vergangen)	82	64
Umbildung und -dekte	SEW 1	SEW 1
Wieder-Abgabe (Orisanz)	bedeut	bedeut
Wetter	Dunk	Dunk
11. Okt. 1938:	650h: Temperatur: 11.9	
	Zeitpunkt von Temperatur: 11.9	
12. Okt. 1938:	700h: Zeitpunkt von Temperatur: 7.1	
	Zeitpunkt von Temperatur: 11.9	
normiertes - 6h. 5h. 4h.	normiertes 6h. 5h. 4h.	

